Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 32. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Pirnaerstr. 24, Tel. I, Nr. 4568.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. R., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 507. Donnerstag 5. Oktober 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* **Sämtliche dem Berliner Verbande der Metall-Industriellen angehörigen Firmen schließen am 14. Oktober ihre Betriebe. Dadurch werden 120 000 Arbeiter ausgesperrt.** (S. Letzte Tep.)

* Der deutsche Botschafter in Paris Fürst Radolin und der deutsche Gesandte Dr. Rosen waren heute beim französischen Ministerpräsident Rouvier zum Frühstück geladen, an dem sämtliche französischen Minister teilnahmen. (S. Ausl.)

* Die Abreise des Herrn von Lindequist auf seinen neuen Gouverneurposten soll auf Wunsch des Kaisers um zwei Wochen verschoben sein. (S. Letzte Nachr.)

* In Deutsch-Ostafrika erfolgten Angriffe auf die Missionsstation Berlin I Jakobi. Die Missionare konnten flüchten. (S. Deutsches Reich.)

* Die Unterredungen des französischen Botschafters Jusserand in Washington mit Roosevelt und Root über vielleicht nötig werdende Schritte Frankreichs gegen Venezuela ergaben vollständige Uebereinstimmung Frankreichs und der Vereinigten Staaten, die überzeugt sind, daß Frankreich im Falle einer militärischen Expedition an keine Gebietserwerbungen denkt.

* Der Friedensvertrag zwischen Rußland und Japan ist vom Geheimen Rat in Japan, der zusammen mit dem Mikado die vollziehende Gewalt repräsentiert, angenommen worden. (S. Ausland.)

Stromschiffahrtsabgaben.

Die Frage der Erhebung von Abgaben auf deutschen Strömen, die eine zeitlang von der politischen Bildfläche ganz verschwunden zu sein schien, ist in diesen Tagen aufs neue aktuell geworden. Der Verein für Sozialpolitik, der kürzlich seine diesjährige Generalversammlung in Mannheim hielt, hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, wobei die Geister hart aufeinander platzten, und noch wichtiger ist jedenfalls die Konferenz gewesen, die in den letzten Tagen des abgelaufenen Monats im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten stattgefunden hat, und an der außer dem Minister v. Budde auch der Finanzminister v. Rheinbaben, sowie Vertreter der übrigen beteiligten deutschen Bundesstaaten, in erster Linie also auch Sachsens, teilgenommen haben. Ueber das Ergebnis dieser Konferenz verlautet bisher nichts, aber bei der bekannten Haltung, die Herr v. Budde bis jetzt in dieser Frage beobachtet hat, ist es geraten, sehr auf der Hut zu sein und nicht nachzulassen in den schärfsten Protesten gegen eine Maßregel, deren Verwirklichung für die gesamte Volkswirtschaft Sachsens die unheilvollsten Folgen haben würde. Demgemäß haben denn auch die sämtlichen gewerblichen Vertretungen Sachsens sich sofort nach Annahme der reduzierten Kanalvorlage im preußischen Abgeordnetenhause (Februar d. J.) mit ausführlichen Eingaben an die beteiligten Industrien gewandt und ihre schweren Bedenken gegen eine Erhebung solcher Abgaben geltend gemacht, und es scheint jetzt sehr angemessen, diese Bedenken, die völlig durchschlagend sind, von neuem hervorzuheben, denn der Verlauf der Dinge hat gezeigt, daß der Artikel 54 der deutschen Reichsverfassung, den die Gegner der Schiffahrtsabgaben für ein festes Bollwerk gegen solche Verkehrsbesteuerungen hielten und halten durften, von den Freunden der Abgaben durch eine gekünstelte Auslegung unterminiert zu werden droht. Nach Art. 54 Abs. 4 der Reichsverfassung dürfen auf allen natürlichen Wasserstraßen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden und dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Nach Sinn und Wortlaut dieses Artikels, wie nach seiner Entstehungsgeschichte und nach seiner bisher unbestrittenen Auslegung sind unter „besonderen Anstalten zur Erleichterung des Verkehrs" nur Hafenanlagen, Krähne, Schleusen und ähnliche Anlagen zu verstehen. Der § 9 der preußischen Kanalvorlage sagt aber: Auf den im Interesse der Schiffahrt regulierten Flüssen sind Schiffahrtsabgaben zu erheben. Die preußische Staatsregierung hat dem zugestimmt und erklärt, sie werde die Beseitigung der entgegenstehenden Bestimmungen des öffentlichen Rechts anstreben. Preußen will also wieder einen Zustand herbeiführen, wie wir ihn 1871 durch die Reichsverfassung glücklich losgeworden sind, und es fehlt im Schoße der preußischen Regierung selbst nicht an Vertretern, die behaupten, auch ohne Aenderung der Reichsverfassung sei die Erhebung von Schiffahrtsabgaben zulässig. Diese Ansicht wurde allerdings sogar von dem die Gebühren vor allem verfechtenden Berichterstatter der Kanalkommission des preußischen Abgeordnetenhauses bekämpft.

Preußen kann also sein Ziel nur erreichen, wenn es im Bundesrat eine Aenderung des Artikels 54 der Verfassung und des Staatsvertrags mit Oesterreichs durchdrückt. Dies ist aber nach Artikel 78 der Verfassung nur möglich, wenn die Opposition im Bundesrate weniger als 14 Stimmen beträgt und wenn ferner sämtliche Vertragsstaaten zustimmen. (Minister Dr. Rüger in der Ersten Kammer der sächsischen Ständeversammlung am 12. April 1904.) Baden und Hessen-Darmstadt mit zusammen sechs Stimmen haben sich bereits entschieden gegen eine solche Aenderung ausgesprochen, und von Bayern, das allein sechs Stimmen im Bundesrat hat, liegt ebenfalls eine solche Erklärung vor, wenn auch nicht in so präziser Form. Werden dann noch die vier sächsischen Stimmen gegen die Aenderung abgegeben, so ist damit die Einführung von Schiffahrtsabgaben glücklich verhindert. Stimmen außerdem noch Württemberg und einzelne der kleineren Staaten, wie z. B. die Hansestädte, dagegen, um so besser. Jedenfalls ist es aber für uns in Sachsen geraten, erst einmal mit aller Kraft dahin zu arbeiten, daß auch die sächsischen Stimmen im Bundesrate gegen die von Preußen angestrebte Aenderung abgegeben werden.

Die Frage wird sehr bald wieder akut sein, denn in etwa drei Wochen tritt der sächsische Landtag zusammen, und man wird sich sehr wohl noch erinnern, daß bei der letzten Etatsberatung von konservativer Seite (Abgg. Geh. Oekonomierät Schubert und Hähnel) direkt die Einführung von Schiffahrtsabgaben gefordert wurde. Von den Nationalliberalen opponierten Kommerzienrat Schieck und Handelskammerpräsidius Schulze scharf, und auch der konservative Abgeordnete für Pirna-Königstein, Dr. Spieß, trat gegen die Abgabenerhebung auf. Es wird gut sein, sich dessen zu erinnern, wenn bei der bevorstehenden Etatsberatung die Sache aufs neue zur Sprache kommt.

Alle Erwerbszweige würden durch Schiffahrtsabgaben direkt oder indirekt schwer getroffen werden, nicht zum wenigsten die von den Konservativen stets als Schoßkind behandelte Landwirtschaft, denn manche Fabriken gebrauchen jährlich allein zum Einpacken ihrer Ware für mehr als 50 000 ℳ Stroh, sodaß dieses im Industriegebiet Sachsen einen um 20—30 Prozent höheren Preis hat als in manchen anderen Gebieten. Verringert sich aber durch Schiffahrtsabgaben der Export dieser Fabriken, so wird auch die Landwirtschaft den Ausfall merken. Weit mehr noch wird dies natürlich bei der Industrie der Fall sein, beträgt doch bei einer Verteuerung der Fracht von Hamburg nach Riesa um 0,07 ₰ die Mehrfracht bei einer einzigen Kahnladung schon ca. 350 ℳ. Die sächsische Elbsandsteinindustrie würde, so weit nicht hochwertige Ware in Betracht kommt, außerhalb Sachsens überhaupt nicht mehr konkurrieren können, also das Absatzgebiet an der Unterelbe und Havel völlig verlieren und einen großen Teil ihrer 2300 Arbeiter entlassen müssen. Ostsachsen bezieht im Umschlagverkehr auf der Elbe über Dresden große Mengen von Spinnstoffen, namentlich rohe Baumwolle, Leinen und Wolle, auch Maschinen und Farbhölzer für die Lausitzer Textilindustrie, sowie die Artikel für den dortigen Kolonialwarenhandel nehmen diesen Weg. Für die Leipziger Industrie macht der Bezug auf dem Wasserwege ebenfalls sehr viel aus; die Umschlagziffer der sämtlichen für sie in Betracht kommenden Güter beträgt gegenwärtig mindestens 200 000 Tonnen, und dabei handelt es sich hauptsächlich um Massengüter, bei denen jede Frachterhöhung ganz besonders ins Gewicht fällt und die Fabrikation unrentabel macht. Im Plauener Bezirk ist namentlich die Wollwäscherei, Kämmerei und Spinnerei, die Kammgarnweberei und die Bigognelspinnerei, sowie die Papierindustrie an einem möglichst billigen Elbumschlag interessiert.

Außerdem ist, wie auch eine Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller hervorhebt, die gesamte sächsische Industrie durch die Tarifreform des Rhein-Weserkanals schwer geschädigt, hat also gar keine Veranlassung, „Kompensationen" an die westlichen Teile der preußischen Monarchie zu zahlen, sondern würde eher solche für sich fordern können, weil der Kanalersatz bis zur Elbe weggefallen ist.

Endlich, und das ist einer der schwerstwiegenden Gründe gegen die Schiffahrtsabgaben, würde durch sie eine wesentliche Verteuerung der Lebensmittel herbeigeführt werden, speziell des Brotgetreides. Und das erklärt auch die zustimmende Haltung der preußischen Regierung. Diese würde durch Schiffahrtsabgaben ein Instrument in die Hand bekommen, das zur Regulierung der Einfuhr ausländischer Produkte, namentlich des auf unsern Hauptwasserstraßen eingeführten Getreides dienen kann, um dieses neben dem hohen Getreidezoll noch mit einem unverhältnismäßig hohen Frachtzuschlag zu belegen, den die konsumierende Bevölkerung in Gestalt höherer Brotpreise zu tragen haben würde. Da die Kornerzeugen begreiflicherweise diesen Gesichtspunkt nicht hervorheben, ist es um so notwendiger, daß er von anderer Seite einmal in die richtige Beleuchtung gesetzt wird, denn er bildet in der Tat des Pudels Kern.

Die finanziellen Wirkungen des Krieges für Russland und Japan.

In dem soeben erschienenen Hefte der „Marine-Rundschau" veröffentlicht Geheimrat Professor Dr. Helfferich einen längeren Artikel über die finanzielle Seite des russisch-japanischen Krieges. Beide Staaten haben nach des Verfassers Auffassung den Krieg recht gut überstanden. Den Unterschied zwischen beiden könnte man vielleicht dahin ausdrücken, daß Rußland während des Krieges, also in der jüngsten Vergangenheit besser dagestanden hat, Japan aber die günstigeren finanziellen Aussichten für die Zukunft besitzt. Wieviel fester Rußland in der ersten Zeit des Krieges finanziell dastand als Japan, geht aus einem Vergleiche des Kursrückganges der beiderseitigen Papiere in den ersten Monaten des Krieges hervor. Die 4prozentige russische Anleihe von 1889 hatte im Januar 1904 einen Durchschnittskurs von 97,13, zwei Monate darauf von 93,60; der Rückgang betrug mithin nur 3½ Proz. Die 4proz. japanische Anleihe von 1899 hatte im Januar 1904 einen Kurs von 76,40, im März von 64,58; der Rückgang betrug hier also nahezu 12 Proz. Dieser Unterschied ist um so beachtenswerter, als die Japaner bekanntlich den Krieg mit einem Erfolge eröffnet hatten. Aber selbst noch späterhin, als die militärische Ueberlegenheit Japans unbedingt festgestellt war, konnten die Japaner ihre Anleihen nur unter ungünstigeren Bedingungen unterbringen, als die Russen. Interessant ist es, daß die größten Kurssteigerungen der japanischen Papiere nicht sowohl durch die eigenen Siege, als durch die inneren Unruhen in Rußland (Ermordung des Großfürsten Sergius, Meuterei des „Potemkin") hervorgerufen wurden. Dieser unbefriedigenden inneren Lage in Rußland mißt denn auch Helfferich eine viel größere Bedeutung für eine mögliche ungünstige Zukunft der russischen Finanzen bei, als den Wirkungen des Krieges. Der Krieg hat seiner Meinung nach einen bemerkenswerten Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands nicht ausgeübt. Hat er auch für einige Industrien schwere Störungen mit sich gebracht, so sind andere Industrien, die für den Kriegsbedarf arbeiteten, durch ihn gefördert. Die günstige Ernte des Jahres 1904 hat ein Uebriges dazu getan, um das russische Volk die Belastung durch den Krieg nicht zu schwer empfinden zu lassen. Die Unruhen, vor allem Dingen diejenigen im Kaukasus, aber haben dem russischen Nationalwohlstande schwere Wunden geschlagen; dazu kommt, daß die Nachrichten über die Ernte dieses Jahres teilweise sehr ungünstig lauten. Helfferich resümiert sich demgemäß über die finanziellen Aussichten Rußlands dahin: „Für das künftige Schicksal der russischen Staatsfinanzen wird es vor allem darauf ankommen, ob es gelingt, den Frieden im Innern auf einer Grundlage wiederherzustellen, die ein gedeihliches wirtschaftliches Arbeiten und eine fortschreitende Nutzbarmachung der unbestreitbar großen natürlichen Hilfsquellen ermöglicht; ob es gelingt, die notwendigen ökonomischen Reformen namentlich auf agrarischem Gebiete zu einem guten Ende zu führen, und schließlich, ob es gelingt, dem russischen Reiche für einen hinreichend großen Zeitraum neue Opfer für seine auswärtige Politik zu ersparen."

Günstiger sieht die Zukunft für Japan aus. Trotzdem die japanischen Finanzen durch den Krieg verhältnismäßig viel stärker belastet worden sind, als die russischen, hat Japan den Krieg wirtschaftlich recht gut überstanden. Der auswärtige Handel des Landes hat sich trotz des Krieges im vergangenen Jahr, wie das japanische Finanzjahrbuch hervorhebt, „beispiellos" entwickelt und, was auch bezeichnend für den allgemeinen Wohlstand ist, die Einlagen bei den Banken und den Postsparkassen haben eine Zunahme erfahren. Dazu kommt, daß sich Japan in Korea und der südlichen Mantschurei wertvolle Territorien für seine wirtschaftliche Betätigung gesichert hat. Freilich wird sich Japan, um diese Gebiete wirtschaftlich ausbeuten zu können, große Kapitalien verschaffen müssen und da es sich diese im eigenen Lande nicht oder wenigstens nur zum Teil verschaffen kann, so wird es von neuem an das Ausland herantreten müssen. Den nötigen Kredit dürfte es wohl finden, aber es wird, wie Helfferich mit Recht hervorhebt, alles darauf ankommen, ob es die damit verbundene neue finanzielle Belastung wird ertragen können. Denn zunächst handelt es sich nur um eine Belastung, da der Gewinn erst nach Jahren wird realisiert werden können.

Deutsches Reich.

Leipzig, 4. Oktober.

* **Nachmals: Bülow über Marokko.** Die von uns in der gestrigen Abendausgabe nur mit Vorbehalt wiedergegebenen Auszüge aus einem Interview, das ein Vertreter des „Petit Parisien" mit dem deutschen Reichskanzler gehabt hat, werden durch das „W. T. B." ergänzt, und damit wird dem ganzen Interview zugleich der Stempel der Wahrheit aufgedrückt. Aus diesen Ergänzungen sei hervorgehoben, was Bülow über Frankreichs Pläne in Marokko gesagt und über Frankreichs Mißtrauen gegen die deutsche Politik. Er führte aus:

Frankreich zeigte die Absicht, sich eine Sonderstellung in Marokko zu schaffen. Dies war unvereinbar mit der Unabhängigkeit Marokkos, die durch internationale Verträge bekräftigt war, und auch mit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Freiheit, kurz eine ernste Lage war das Ergebnis und es schien schwer, aus dieser Lage herauszukommen, ohne daß die Würde eines der beiden Länder darunter litt. Man hat absichtlich vergessen, daß die Politik Deutschlands seit langem den Wunsch hegt, die Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Nicht daß wir uns darauf beschränkt haben, in Marokko das Regime der offenen Tür zu sichern. Wir haben uns bemüht, die besondere Situation Frankreichs anzuerkennen und im Vertrauen auf seine Loyalität haben wir zugegeben daß die Konferenz sich nicht mit der Polizeifrage an der algerisch-marokkanischen Grenze zu beschäftigen habe. Frankreich wiederum hat den Abschluß nebensächlicher Geschäfte, die zwischen dem Maghzen und deutschen Bankiers und Unternehmern vereinbart wurden, anerkannt. Bezüglich der Marokkofrage selbst haben wir es gleichfalls und mit Rücksicht auf alle irgendwie beteiligten Nationen der Konferenz überlassen, diese Frage zu studieren und Abhilfe zu finden.

Und ferner sei der Schluß der Unterredung noch ergänzt, in der Bülow über die Pflicht der Presse in beiden Ländern sich äußerte und die Annäherung an Rußland hervorhob. Der Presse der beiden Länder liege es ob, zwischen beiden Völkern ein Gefühl des Vertrauens zu schaffen. „Die beiden Regierungen wünschen dies aufrichtig." Mit Beruhigung und mit Vertrauen würde man die künftige Zeit erwarten können, wenn gewisse Franzosen und gewisse Deutsche sich nicht mehr als notgedrungene produktionelle Feinde betrachten würden. Wir werden in Algeciras dieselbe Aufrichtigkeit zeigen, wie in Paris. —

Auf die Frage, was geschehen würde, wenn der Maghzen den Beschlüssen der Konferenz nicht Rechnung tragen würde, antwortete der Reichskanzler: Die Aufrechterhaltung und Befestigung der offenen Politik zwischen Frankreich und Deutschland. Auf die Frage, wie er über die russisch-deutsche Annäherung denke, antwortete der Reichskanzler: „Alles mögliche Gute. Die russisch-deutsche Annäherung besteht und ich glaube, daß es Frankreich nur angenehm sein kann, Rußland mit uns in guten Beziehungen zu sehen. Die Franzosen haben ein Interesse daran, daß ihr Verbündeter einen Freund mehr hat. Wir beglückwünschen uns ebenfalls zu der französisch-italienischen Freundschaft."

* **Angriffe der Aufständischen auf Missionsstationen in Ostafrika.** Nach telegraphischer Meldung ist die Missionsstation von Berlin I Jacobi in der Nähe des Sultanitzes Utengula, Bezirk Songea, in Deutsch-Ostafrika von den Aufständischen angegriffen worden. Die Familie des Missionars Groeschel hat sich nach der Missionsstation Lupembe, Bezirk Iringa, zurückziehen müssen, wo sich nunmehr die drei Missionare Schumann, Gröschel und Hesse mit ihren Angehörigen aufhalten. — Die in Morogoro ansässigen Deutschen sprachen bei Eintreffen des dorthin entsandten Detachements Marine-Infanterie dem Kaiser telegraphisch ihren Dank aus.

* **Die Vermehrung der Richterstellen.** Aus juristischen Kreisen schreibt man uns: Die im „L. T." in Nr. 505 veröffentlichte Statistik über die Vermehrung der Richterstellen in den letzten 22 Jahren tut dar, daß die Mehranstellung in den letzten Jahren erfreulicherweise ein rascheres Tempo eingeschlagen hat. Während in den 20 Jahren von 1883 bis 1902 die Zahl der Richterstellen um 21,5 Proz. zugenommen hat, also durchschnittlich jährlich um nicht ganz 1,1 Prozent, hat sie in den letzten beiden Jahren 3,6 Prozent betragen, mithin jährlich 1,8 Prozent. Trotz der Fortschritte der letzten Jahre aber hat die Zunahme der Richterstellen, wenn man den ganzen Zeitraum überblickt, noch bei weitem nicht mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten. Denn in demselben Zeitraum, in dem die Bevölkerung sich um nahezu ein Drittel vermehrt hat, ist die Zahl der Richterstellen um nur ein Viertel gewachsen. Dabei muß man aber noch bedenken, daß die Gesamtarbeitslast der Gerichte in einem stärkeren Verhältnisse zugenommen hat, als die Bevölkerung gewachsen ist. Vor allen Dingen haben die Zivilprozesse in unvergleichlich höherem Maße zugenommen, als es dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer entsprochen hätte. Ganz besonders sind dadurch die Landgerichte in Mitleidenschaft gezogen worden und so ist es denn sehr verständig, daß bei der Vermehrung der Richterstellen die Landgerichte besonders bevorzugt worden sind; bei ihnen sind, während sonst, wie erwähnt, die Richtervermehrung nicht unerheblich hinter der Bevölkerungsvermehrung zurückgeblieben ist, um 2,3 Proz. mehr Richter eingestellt worden, als der Bevölkerungszunahme entsprochen hätte. Die Amtsgerichte sind aus stiefmütterlichsten bedacht worden, nicht mit Unrecht, denn wenn auch die Amtsrichter in den großen Städten vielfach sehr überlastet sind — besonders die Prozeßrichter —, so ist die Arbeitslast der Amtsrichter an den mittleren und an den kleinen Amtsgerichten im allgemeinen eher zu bewältigen.

* **Der Wechsel im Präsidium der sächsischen Ersten Kammer.** Wie schon gemeldet wurde, hat der König den Oberstthofmarschall Grafen Vitzthum von Eckstädt auf Lichtenwalde zum Präsidenten der Ersten Ständekammer berufen. Der bisherige langjährige Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. von Könneritz hat infolge seines hohen Alters — er steht im 77. Lebensjahre — die abermalige Uebernahme des Präsidentenamtes ablehnen müssen. Der neue Präsident Graf Vitzthum von Eckstädt hat Jahrzehnte lang das Vertrauen seiner Monarchen genossen. In der Ersten Kammer, der er bisher neben dem Kammerherrn Hans Freiherrn von Könneritz-Erdmannsdorf als gewählter Abgeordneter der Besitzer von Ritter- und anderen größeren ländlichen Gütern im erzgebirgischen Kreise angehört hat, ist er in politischer Beziehung in der Oeffentlichkeit noch nicht in besonderer Weise hervorgetreten. — Er wurde am 14. Oktober 1855 in Dresden geboren und widmete sich der diplomatischen Laufbahn. Als kaiserlich deutscher Legationsrat war er an verschiedenen Höfen, unter anderem in Paris und Petersburg. Er genügte seiner militärischen Pflicht im sächsischen Gardereiterregiment und schied als Major à la suite der Armee aus dem aktiven Dienste aus. 1882 ernannte ihn König Albert zum Kammerherrn und 1891 zum Oberhofmarschall. Diese Stellung behielt er bis zum Tode des Königs Georg, und König Friedrich August erwies ihm eine besondere Auszeichnung, indem er ihn zum Oberstmarschall ernannte.

*

Berlin, 4. Oktober.

* **Podbielskys Stellung als Minister,** die vor kurzer Zeit recht erschüttert schien, als er seine taktlosen Aussprüche über die Fleischteuerung zum Besten gab, erscheint jetzt wieder durchaus gesichert. Er hat in Rominten, wo er mehrere Tage beim Kaiser verweilte und ihm auch Vortrag über die Frage der Fleischteuerung gehalten haben soll, sich augenscheinlich des Einverständnisses seines Landesherrn versichert. Er kehrte gestern nach Berlin zurück, hat die Vorträge des Unterstaatssekretärs, sowie der Abteilungsdirektoren entgegengenommen und ist nachmittags wieder nach seinem Gute Dallmin abgereist. Die vom Minister verlangten Gutachten für die Fleischteuerung seitens der Landwirtschaftskammern sollen noch nicht dem Ministerium zugegangen sein, werden aber für die nächste Zeit erwartet.

* **Professor Delbrück und Regierungsrat Martin.** In den Preußischen Jahrbüchern tritt der bekannte Berliner Geschichtsprofessor überaus energisch für Regierungsrat Martin ein. Er spricht von einem großen Verdienst, daß sich dieser durch sein Buch über die russischen Finanzen erworben habe, „trotz aller Fehler ist das Martinsche Buch, das glänzend geschrieben ist und manchmal zu wahrhaft lapidarer Formulierung seiner Thesen gelangt, eine gar nicht hoch genug zu wertende politische Tat".

* **Parteipolitisches.** Nach der Barmer Zeitung sollen die Abgg. Brömel, Dr. Pachnicke und Ernst aus dem Vorstande des Wahlvereins der Liberalen ausgeschieden sein, weil sie mit Nationalsozialen nicht zusammen arbeiten können. Dazu bemerkt aber die freisinnige „Weser-Zeitung", daß Ernst dem Vorstande gar nicht angehört hat. Richtig sei, daß Brömel und Pachnicke schon vor mehreren Monaten aus dem Vorstande ausgetreten sind. Die Gründe seien unbekannt. Bei Brömel könnten auch Gesundheitsrücksichten in Betracht kommen.

* **Der Arbeitskampf in der Elektrizitätsindustrie.** Die Lage in dem Arbeitskampf ist heute ziemlich unverändert. Die Hoffnungen auf eine baldige friedliche Einigung sind in den Kreisen der Arbeiter endgültig begraben. Man ist zwar sehr enttäuscht über den geringen Erfolg des Maschinisten- und Heizerstreiks und gibt seiner Erbitterung über Polizei und Feuerwehr in den Kontrollversammlungen Ausdruck, aber die Kampfeslust der Arbeiter soll deshalb nicht abgenommen haben. Oeffentliche Sammlungen für die Streikenden und Ausgesperrten sind mit dem heutigen Tage von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Gewerkschaftskartell eingeleitet worden. Die Lohnbewegung tritt äußerlich für das große Publikum kaum noch in die Erscheinung. Die elektrische Beleuchtung der Straßen und Gebäude funktioniert, wie schon hervorgehoben, wiederum ungestört, und der Betrieb der Straßenbahnen wickelt sich in dem bereits mitgeteilten Umfange ohne Unterbrechung ab.

— Der Kaiser trifft, wie nunmehr feststeht, am Sonnabend, den 7. d. M., gegen 12½ Uhr mittags, von Rominten kommend, in Königsberg i. Pr. ein, wo er sich sofort nach der Ankunft zur Kaserne seines Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm I. begibt. Dort wird der Monarch im Kreise des Offizierkorps das Frühstück einnehmen. Die Abreise von Königsberg wird gegen 4 Uhr nachmittags erfolgen.

— Die Kronprinzessin Cecilie ist heute in Baden-Baden eingetroffen.

— Prinz Max von Baden ist zum Besuche des Reichskanzlers aus Karlsruhe in Baden-Baden eingetroffen.

— Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist in Zeitzlitz eingetroffen und wird morgen die Heimreise fortsetzen.

SLUB
Wir führen Wissen.